

Zweckverband ÖPNV Steinburg



N i e d e r s c h r i f t
Allgemeiner Ausschuss

Sitzungstermin: Mittwoch, d. 11.09.2019
Sitzungsbeginn: 17.02 Uhr
Sitzungsende: 19.20 Uhr
Sitzungsort: Historischer Kreistagssaal, Viktoriastr. 16-18, 25524 Itzehoe

Anwesend:

Vorsitz:

Herr Torsten Wendt, Vorstandsvorsteher des Zweckverbandes ÖPNV Steinburg

Mitglieder:

Verbandsvorsteher Torsten Wendt,	Kreis Steinburg
Herr Marko Förster	Kreis Steinburg
Frau Sina Esselborn-Große	Kreis Steinburg
Bgm. Dr. Andreas Koeppen,	Stadt Itzehoe
Herr Jörg Langfeld	Stadt Itzehoe
Bgm. Manja Biel	Stadt Glückstadt
Herr Dr. Siegfried Hansen	Stadt Glückstadt
Bgm. Walter Schulz	Stadt Wilster
Bgm. Jörgen Heuberger	Amt Breitenburg
Bgm. Sönke Reimers	Amt Horst-Herzhorn
Bgm. Frank Nagorny	Amt Itzehoe- Land
Bgm. Reiner Kortas	Amt Krempermarsch
Bgm. Thomas Hencke	Amt Schenefeld
Bgm. Jörn Schmedtje	Amt Wilstermarsch

Verwaltung:

Frau Krohn,
Frau Richter, Protokollführerin

Gäste:

Herr Manfred Sallach	Kreistagsabgeordneter
Frau Asmus-Mrozek	Kreistagsabgeordnete
Herr Diethard Kuhnke	Kreissenorenbeirat
Herr Carsten Senkbeil	Mitarbeiter HVV

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Festlegung zur Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Vortrag Herr Senkbeil zum HVV-Tarif
4. Genehmigung des Protokolls vom 18.06.2019
5. Genehmigung eines überplanmäßigen Aufwands
6. Beschluss der Nachtragshaushaltssatzung 2019
7. Gutachterleistung Umsetzungsgespräche
8. Auftragsvergabe Beraterleistung Vergabe Teilnetz Mitte
9. Vorstellung Entwürfe Änderungssatzungen
10. Mitteilungen und Anfragen

Tagesordnung

TOP 1

Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Festlegung zur Tagesordnung

Der Verbandsvorsteher Herr Torsten Wendt eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt Herrn Senkbeil vom HVV vor.

Herr Wendt stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Es bestehen keine Bedenken gegen die Ordnungsmäßigkeit der Ladung des Allgemeinen Ausschusses.

Es werden keine Dringlichkeitsanträge gestellt.

TOP 2

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen während der Einwohnerfragestunde gestellt.

TOP 3

Vortrag Herr Senkbeil zum HVV-Tarif

Herr Senkbeil erläutert den derzeitigen Tarifaufbau beim HVV. Er gibt einen Überblick über die Abhängigkeiten der Fahrkartenarten, wie der Fahrpreis bemessen wird, welche Tarifzonen vorhanden sind, welche Anforderungen von den einzelnen Akteuren an den HVV-Tarif gestellt werden und er gibt einen Ausblick auf die neuen Strecken im HVV im Bereich Niedersachsen, mit den derzeitigen Besonderheiten (z.B. nur Schienenverkehr, Busse nur gemäß besonderer Regelungen der Landkreise).

Herr Förster erkundigt sich anschließend, warum es in Niedersachsen die Möglichkeit gibt, nur den Schienenverkehr, ohne Busverkehr, in den HVV aufzunehmen aber nicht im Kreis Steinburg. Herr Senkbeil erklärt daraufhin, dass es aus Einfachheitsgründen besser ist, beides zu integrieren. Dies merkt man jetzt auch in Niedersachsen.

Herr Wendt betont, dass für die Beitrittsverhandlungen des Kreises Steinburg sowohl vom Land, als auch von der HVV GmbH die Vollintegration alternativlos gewünscht war.

Herr Wendt erkundigt sich nach der gutachterlichen Fragestellung. Herr Senkbeil erläutert hierzu, dass dies mit den unterschiedlichen Verträgen der Verkehrsunternehmen zusammenhängt. Es soll eine Risikoeinschätzung, durch eine Abschätzung der finanziellen Wirkungen der HVV-Verbundausweitung in den Kreis Steinburg, erfolgen.

Herr Wendt gibt einen kurzen Überblick über den zeitlichen Ablauf: Bis März 2020 soll das Gutachten vorliegen. Danach erfolgt die Einsichtnahme und Diskussion. Anschließend werden die Zahlen für den Haushalt erarbeitet und danach erfolgt der Vertragsabschluss.

Herr Senkbeil merkt noch an, dass dann noch ca. 1 Jahr für die Umsetzung eingeplant werden muss.

Herr Senkbeil verlässt die Sitzung um 17.45 Uhr.

Herr Sallach verlässt die Sitzung um 17.47 Uhr.

Anmerkung der Geschäftsstelle: Herr Senkbeil bat im Anschluss an die Sitzung um die Aufnahme folgender Antwort auf die Frage, warum beim Kreis Steinburg sowohl der Schienen- als auch der Busverkehr integriert werden sollen:

„Grundsätzlich sind HVV-Tarifaufweitungen nur für Schienenverkehre – wie jetzt zum Dezember 2019 in Niedersachsen – denkbar. Der Kreis Steinburg ist jedoch bereits in einen Verbundtarif vollständig integriert, nämlich in den Schleswig-Holstein-Tarif. Eine Zuordnung nur des Schienenverkehrs zum HVV-Tarif, also ohne Busverkehr, würde zu der paradoxen Situation führen, dass bei Fahrten von z. B. Bahnhof Itzehoe nach Hamburg der HVV-Tarif gelten würde, von Itzehoe Viktoriastraße (Bus) nach Hamburg jedoch der Schleswig-Holstein-Tarif. Eine Integration des Kreises Steinburg in den HVV ist daher ohne Bus nicht möglich.“

Herr Wendt erkundigt sich bei den Anwesenden, wie der Vortrag angekommen sei. Herr Heuberger erklärt, dass es ein kompakter Vortrag war, der aber einen umfangreichen Einblick gab. Er hat jedoch „Bauchschmerzen“ bei der Integration des Busverkehrs.

Herr Heuberger merkt an, dass die Sitzungsvorlagen nicht so kurzfristig übersandt werden sollten.

Herr Wendt erklärt, dass derzeit nur 1,5 statt 2 VZÄ in der Geschäftsstelle tätig sind; die Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle sind sehr fleißig.

Herr Wendt möchte dieses Problem zu einem späteren Zeitpunkt in der Sitzung besprechen. Die Mitarbeiterinnen hätten diese Kritik nicht verdient.

TOP 4

Genehmigung des Protokolls vom 18.06.2019

Es gibt keine Wortmeldungen. Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

TOP 5

Genehmigung eines überplanmäßigen Aufwands

Herr Wendt erläutert den Beschlussvorschlag.

Herr Dr. Koeppen kritisiert, dass die Beschlussvorlage nicht informativ sei und er diese nicht verstanden habe. Er versteht die Preissteigerung von 2% auf 8% nicht. Die Vorbereitung der Sitzungsvorlagen müsse verbessert werden. Der Sachverhalt müsse richtig dargestellt werden. Dies ist hier nicht der Fall.

Eine Nachfrage von Herrn Wendt ergibt, dass dies von den weiteren Mitgliedern auch so gesehen wird.

Frau Krohn erläutert, dass in der Vergangenheit für die Ermittlung der Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Busunternehmen mit einer Preissteigerung von 2 % für das Folgejahr gerechnet wurde. So auch im Rahmen der Haushaltsplanung für 2019. Auf Grund der deutlich gestiegenen Dieselpreise und Personalkosten ist eine weitaus höhere Preissteigerung von 8% eingetreten.

Hinzu kam, dass im Mai 2019 eine Endabrechnung für 2018 erfolgte und hier noch 222.000,00 € gezahlt werden mussten, was nicht in der Haushaltsplanung vorgesehen war.

Auf Nachfrage von Frau Biel bestätigt Frau Krohn, dass eine Übertragung der Mittel aus 2018 nach 2019 nicht erfolgte.

Frau Krohn erläutert weiter, dass seit 2014 keine Jahresabschlüsse vorliegen. Herr Werlich ist dabei, diese zu fertigen. Dies war ursächlich für den verspäteten Versand der Nachtragshaushaltssatzung.

Herr Reimers erkundigt sich, ob der Jahresabschluss 2018 einen Überschuss ausweist.

Frau Biel erkundigt sich nach vorläufigen Jahresabschlüssen.

Frau Krohn teilt mit, dass Herr Werlich an den Jahresabschlüssen zusammen mit H+H arbeitet. Es liegen aber noch keine abschließenden Jahresabschlüsse vor.

Herr Wendt erklärt, dass Herr Werlich weiterhin in der Verpflichtung ist, die Jahresabschlüsse zu fertigen. Dafür arbeitet er mit H+H zusammen. Das RPA muss die Bilanzen aber auch prüfen. Herr Wendt sieht es auch als unhaltbaren Zustand an, dass die Abschlüsse noch nicht vorliegen. Es wird jedoch intensiv daran gearbeitet.

Herr Dr. Koeppen erklärt, dass er dem Nachtragshaushalt nicht zustimmen wird.

Er macht deutlich, dass Hilfe von außen eingekauft werden müsse, falls zeitnah kein Abschluss erreicht werden könne.

Herr Wendt erklärt, dass man auf der Zielgeraden sei. Herr Werlich ist kurz vor der Fertigstellung. Die Abschlüsse werden zunächst dem RPA zur Stellungnahme vorgelegt und anschließend dem Allgemeinen Ausschuss.

Herr Schmedtje erkundigt sich nach einem zeitlichen Rahmen.

Herr Wendt erklärt, dass Herr Werlich in der kommenden Woche fertig sein wird. Wie lange das RPA zur Prüfung benötigt, könne er nicht sagen.

Herr Reimers bittet um Darstellung, wie der vorläufige Jahresabschluss 2018 aussieht. Darin müsste die Ergebnissrücklage erkennbar sein. Des Weiteren bittet er um die Darstellung der Kostensteigerung.

Herr Förster merkt an, dass es schade ist, dass kein Externer herangezogen wurde. Er unterbreitet den Vorschlag, jemanden zu holen, wenn das RPA einen Fehler finden sollte.

Herr Nagorny stimmt zu, dass es sich hier um eine Altlast handelt. Es musste im vorliegenden Fall eine Eilentscheidung getroffen werden, da der Unternehmer Anspruch auf Zahlung hatte.

Herr Dr. Hansen erkundigt sich, wer den Anspruch der Unternehmer auf 8 % prüft. Frau Krohn erläutert, dass dies durch sie und Herrn Dr. Landsberg geprüft wurde.

Frau Biel greift nochmals auf, dass TOP 5 eine reine Information darstellt, eine Vorbereitung auf TOP 6 aber nicht erfolgen konnte.

Herr Wendt gibt zu bedenken, dass der Nachtragshaushalt für die Zahlungsfähigkeit des Zweckverbandes erforderlich ist. Es kann nicht gewartet werden, bis die Jahresabschlüsse vorliegen.

Frau Biel widerspricht dem und weist Herrn Wendt auf seine eigene Aussage hin, dass man sich bei den Jahresabschlüssen auf der Zielgeraden befinde. Eine Verschiebung über die Beschlussfassung sei daher akzeptabel.

Frau Esselborn-Große schließt sich der Meinung an, dass die Vorlagen sehr spät eingegangen sind. Sie erkundigt sich, wie sichergestellt wird, dass im kommenden Jahr nicht wieder ein Nachtragshaushalt erstellt werden muss und bittet um einen geordneten Haushalt für das kommende Jahr.

Er erkundigt sich, ob die jetzt vorliegenden Information zu TOP 5 ausreichen. Es wird eine umfangreichere Sachverhaltsdarstellung gewünscht.

Herr Dr. Koeppen regt an, die Verbandsversammlung vom 24.09.2019 zu vertagen. Es wird daraufhin beschlossen, sich mit TOP 6 zu befassen.

TOP 6

Beschluss der Nachtragshaushaltssatzung 2019

Herr Wendt gibt die Anregung von Herrn Dr. Koeppen zur Diskussion.

Herr Dr. Koeppen schlägt vor, 2 Sitzungen abzuhalten. Eine für den Nachtrag 2019 und eine weitere für den Haushalt 2020.

Frau Biel schließt sich der Meinung von Herrn Dr. Koeppen an. Es sollten Ende Oktober weitere Sitzungen stattfinden.

Herr Reimers entgegnet, dass die vorläufigen Zahlen relativ konkret sein müssten. Er könnte mit einem vorläufigen, ungeprüften Jahresabschluss für 2018 leben. Eventuell ist eine Abstimmung für die Vorlage mit der Kämmerei möglich.

Herr Wendt hebt den Sitzungstermin 24.09.2019 auf. Er wird mit dem RPA Rücksprache halten zwecks Zahlenwerk. Er weist darauf hin, dass Fremdleistungen bei H+H eingekauft wurden.

Auf Nachfrage beschließt Herr Wendt, dass auch der Sitzungstermin 16.09.2019 aufgehoben sei. Es erfolgt noch eine schriftliche Mitteilung.

Die Beschlussfassung zu TOP 6 wird vertagt.

TOP 7

Gutachterleistung Umsetzungsgespräche

Frau Krohn erläutert, dass die Beschlussvorlage kurzfristig geändert werden musste, da am gestrigen Abend das schriftliche Angebot eingegangen sei mit einem höheren Betrag.

Frau Biel erkundigt sich, ob eine Genehmigung in der Verbandsversammlung erforderlich sei.

Herr Wendt teilt mit, dass er als Vorstandsvorsteher bis zu einem Wert von 15.000,00 € entscheidungsbefugt sei. Eine Beschlussfassung durch den Allgemeinen Ausschuss oder die Verbandsversammlung müsse bis zu diesem Betrag nicht erfolgen.

Auf Nachfrage von Frau Biel, was der Allgemeine Ausschuss bis zu welcher Grenze entscheiden darf, erläutert Herr Wendt, dass Rechtsgrundlage für den Allgemeinen Ausschuss die Verbandssatzung ist. Dort sind die Aufgaben des Allgemeinen Ausschusses geregelt. Bis zu einer Wertgrenze von 15.000,00 € entscheidet Herr Wendt auf Grund § 16 der Satzung eigenständig.

Der Allgemeine Ausschuss stimmt der Vergabe an die Urbanus GbR einstimmig zu. Auf Grund der Entscheidungsbefugnis von Herrn Wendt gemäß § 16 Verbandssatzung kann ein Beschluss der Verbandsversammlung entfallen.

Beschlussvorschlag:

Der Allgemeine Ausschuss empfiehlt, die Verbandsversammlung möge beschließen:

Die Urbanus GbR wird auf Grundlage des Angebotes vom 11.09.2019 mit der Durchführung der Umsetzungsgespräche zur Überplanung beauftragt. Die Kosten belaufen sich auf 10.400 € netto.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Beschluss Nr. AA12/2019

TOP 8

Auftragsvergabe Beraterleistung Vergabe Teilnetzes Mitte

Herr Wendt erteilt das Wort.

Herrn Dr. Koeppen fehlt Inhalt in der Beschlussvorlage.

Frau Krohn erklärt, dass es hierbei nur darum geht, Angebote einzuholen.

Herr Dr. Koeppen erkundigt sich, was das Angebot beinhalten soll. Wie soll das Angebot aussehen? Es müsste dazu Rücksprache mit dem Allgemeinen Ausschuss gehalten werden. Vor allem, weil es hierbei auch um den Stadtverkehr Itzehoe geht.

Herr Wendt formuliert folgenden zusätzlichen Beschlussvorschlag: „Die Optimierung der Verkehre im Teilnetz Mitte sollen Bestandteil der Vergabe sein.“

Frau Krohn gibt dabei den zeitlichen Aufwand zu bedenken. Um gesetzliche Fristen zu wahren, ist zeitnah das Vergabeverfahren des Teilnetzes Süd zu starten. Auf Grund der ungewissen Dauer einer Überplanung des Stadtverkehrs, könnte eine direkte Verknüpfung das Vergabeverfahren gefährden.

Frau Esselborn-Große wirft ein, dass der Begleiter des Gutachtens die Grenzen kennen muss. Nur eine „Vergabe“ zu beauftragen geht nicht. Der Inhalt muss bekannt sein.

Herr Dr. Koeppen möchte, dass der Wunsch der Stadt berücksichtigt wird.

Herr Wendt erkundigt sich nach den Konsequenzen, wenn die Vergabe nicht rechtzeitig erfolgt. Frau Krohn teilt mit, dass es dann zu einer sehr teuren Notvergabe kommen könnte.

Herr Schmedtje erkundigt sich, ob die Überplanung nicht Bestandteil der ÖPNV-Optimierung sei.

Frau Krohn teilt mit, dass nur der Regionalverkehr, nicht aber der Stadtverkehr, beinhaltet war.

Sie unterbreitet den Vorschlag, die Optimierung des Stadtverkehrs parallel zu der Vergabe des Teilnetzes Mitte zu untersuchen und zunächst in der anstehenden Vorabbekanntmachung auf die aktuelle Überplanung zu verweisen.

Dementsprechend wurde bei der Vorabbekanntmachung des Teilnetzes Süd vorgegangen.

Herr Dr. Koeppen erkundigt sich, welchen Auftrag Herr Mozer derzeit habe. Herr Wendt antwortet, dass er derzeit das Teilnetz Süd betreut.

Herr Heuberger erkundigt sich, ob die Vergabe auch Standards bei den Bussen und in Bezug auf den Klimaschutz enthält. Dies wird von Frau Krohn bejaht.

Sodann wird folgender Beschluss gefasst:

Beschlussvorschlag:

Beschluss Nr. AA13/2019

Der Allgemeine Ausschuss empfiehlt, die Verbandsversammlung möge beschließen:

Die Geschäftsstelle des Zweckverbandes ÖPNV Steinburg wird beauftragt, im Rahmen einer Ausschreibung Angebote über die Arbeiten für die Vorbereitung und Durchführung der Vergabe von Verkehrsleistungen einzuholen.

Parallel erfolgt die Beauftragung der Geschäftsstelle zur Optimierung der Verkehre im Teilnetz Mitte.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 9

Vorstellung Entwürfe Änderungssatzungen

Frau Biel weist darauf hin, dass eine farbliche Darstellung der Änderungen übersichtlicher gewesen wäre.

Herr Wendt erläutert die beiden Möglichkeiten. Er weist darauf hin, dass der Kreis derzeit 5 Stimmen je Vertreter hat.

Herr Dr. Hansen erkundigt sich nach der derzeitigen Gesamtstimmenzahl. Diese wird ihm mit 145 mitgeteilt.

Herr Heuberger kritisiert, dass in der Verbandsversammlung nur eine Erhöhung des Kreisanteils auf 60 % beschlossen wurde. Lediglich Herr Pietsch hätte dann den Vorschlag der Erhöhung auf 80 % zur Prüfung unterbreitet. Dies stellte keine Empfehlung dar. Auch ist die Formulierung in der Beschlussvorlage, bezogen auf die Zustimmung des Kreistages, sehr schwammig.

Herr Dr. Hansen wirft ein, dass die kleineren Gemeinden mehr stimmen haben müssten als der Kreis, Itzehoe und Glückstadt.

Frau Esselborn-Große erkundigt sich über mögliche finanziellen Auswirkungen dieser Änderung. Herr Wendt verweist hierzu auf die beigefügten Verbandsumlageberechnungen.

Herr Förster teilt mit, dass die CDU-Kreistagsfraktion eine Gefahr darin sieht, die Gemeinden bei einer Erhöhung auf 80 % zu verärgern. Die CDU-Fraktion trägt daher die 80 % nicht mit.

Herr Hencke erklärt, dass auch die Gemeinde Schenefeld lediglich den 60 % zustimmen wird.

Herr Dr. Koeppen erklärt auch, dass nur über die 60 % beschlossen wurde.

Herr Wendt verlässt um 18.52 Uhr die Sitzung. Frau Biel übernimmt die Leitung.

Frau Biel sieht eine Problematik in der Kostenverteilung bezogen auf die Personalkosten und das Marketing. Sie erkundigt sich, ob es neue Ergebnisse gibt.

Frau Krohn erläutert dazu, dass in der Verbandsumlageberechnung Kosten der Überplanung mit 1,5 Mio. Euro enthalten sind. Personalkosten sind darin nicht inbegriffen. Für das Marketing sind 23 TSD Euro enthalten.

Herr Wendt kehrt um 18.56 Uhr zur Sitzung zurück und übernimmt die Leitung.

Herr Dr. Koeppen fehlt eine Gesamtbetrachtung der Kosten, bevor ein Beschluss gefasst werden kann.

Herr Wendt erklärt, dass er eine gewisse Unruhe in der Verbandsversammlung am 26.06.2019 gespürt habe. Der Vorschlag von Herrn Tiedemann, einen Zu- oder Abschlag für einzelne Gemeinden einzuführen, macht das Ganze noch komplexer. Die Berechnung der Verbandsumlage ist bereits jetzt nicht einfach zu verstehen. Er war daher nicht glücklich über den Vorschlag von Herrn Tiedemann, kann ihn aber auch verstehen.

Herr Heuberger stimmt Herrn Wendt zu. Er kann die Bedenken von Herrn Tiedemann aber nur teilweise nachvollziehen.

Er verweist nochmals auf den RNVP in Bezug auf die Wilstermarsch und erklärt, dass Solidarität eine große Rolle spielt in einem Zweckverband wie diesem.

Herr Wendt verdeutlicht, dass heute nur Vorschläge zur Änderungssatzung unterbreitet werden sollten. Es fehlen auch noch die Ausarbeitungen zu dem Vorschlag von Herrn Tiedemann. Er nimmt aber mit, dass von der Mehrheit nur eine Änderung auf 60 % gewollt ist.

TOP 10

Mitteilungen und Anfragen

I. Kosten Ersatzverkehr Kollmar

Herr Wendt erklärt, dass der Vorgang bereits in der alten Wahlperiode begonnen hatte. Leider liegen dazu keine aussagekräftigen schriftlichen Unterlagen vor.

Bürgermeister Meinert wurde im August telefonisch das Angebot von 2.500,00 € unterbreitet. Dieses wurde durch die Gemeindevertretung in deren Sitzung am 29.08.2019 abgelehnt, da von dort ca. 5.000 € gewünscht werden. Nach den Regularien des Zweckverbandes besteht keine Verpflichtung zur Zahlung. Er würde erneut das Angebot der 2.500 € unterbreiten, danach aber nichts mehr. Er erkundigt sich bei den Anwesenden, ob darüber in der Verbandsversammlung beschlossen werden soll. Dies wird abgelehnt. Der Tagesordnungspunkt wird nicht in der Verbandsversammlung beraten. Das Angebot der 2.500 € bleibt bestehen.

II. Sachstand Schnellbuslinie Itzehoe – Pinneberg

Herr Wendt teilt mit, dass durch die Urbanus GbR bereits eine Prüfung erfolgt. Auftraggeber wird auf Grund des Beschlusses in der Verbandsversammlung vom 26.06.2019 der Zweckverband. Die Kosten betragen ca. 6.500 € netto.

III. Mitteilung Arbeitsaufkommen Geschäftsstelle

Herr Wendt erläutert, dass einiges an Arbeit liegen bleiben musste. In der nächsten Sitzung des Allgemeinen Ausschusses und der Verbandsversammlung wird dies als Tagesordnungspunkt besprochen. Es ist beabsichtigt eine zusätzliche Planstelle zu schaffen. Dazu müsste dann eventuell auch der öffentlich-rechtliche Vertrag geändert werden, da dann 3 VZÄ für den Zweckverband arbeiten werden.

Er teilt mit, dass er mit Herrn Mozer über einen eventuellen Beitritt in die SVG gesprochen habe. Dieser erklärte, dass Landrat Stolz dies ablehnte mit der Aussage, dass ein Beitritt erst nach Auflösung des Zweckverbandes möglich sei.

IV. Einsatz von wasserstoffbetriebenen Bussen in den Kreisen Dithmarschen und Steinburg

Herr Wendt erläutert aus den Ausführungen von Herrn Huusmann, dass dazu bereits Machbarkeitsstudien laufen. Es handelt sich bei dem Projekt um eine Kooperation zwischen dem Kreis Dithmarschen und dem Kreis Steinburg. Das Projekt soll im kommenden Frühjahr abgeschlossen sein und die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie dann dem Zweckverband ÖPNV vorgestellt werden.

V. Zubestellung bei der Autokraft

Frau Krohn erläutert, dass eine Anbindung der Haltestelle an der Straße „Strohdeich“ in Kollmar erfolgen soll. Derzeit betrifft dies 1 Schüler, im kommenden Schuljahr dann 6. Die Autokraft fährt die Haltestelle nur nachmittags an, vormittags nicht. Die jährlichen Kosten betragen 1.950,00 €. Es liegt die Genehmigung des Verbandsvorstehers vor.

Herr Förster erkundigt sich, ob es die Möglichkeit gibt, die Haupteingangstür für Sitzungen offen zu lassen.

Herr Wendt erklärt, dass es dann keine Kontrolle gibt, wer sich im Haus befindet. Es besteht die Gefahr des Vandalismus und des Diebstahls.

Herr Dr. Koeppen erkundigt sich, wie die Bezahlung der weiteren Stelle in der Geschäftsstelle erfolgen wird.

Herr Wendt erläutert, dass die Mitarbeiter der Geschäftsstelle abgeordnete Mitarbeiter der Kreisverwaltung sind. Die Personalkosten werden vom Zweckverband an den Kreis ersetzt. Die Gelder dazu stammen aus der Verbandsumlage

Hr. Dr. Koeppen bittet um Erläuterung, warum der Beitritt in die SVG an Landrat Stolz scheitert. Herr Wendt erläutert, dass in der SVG 3 Gesellschafter vorhanden sind und diese nur einen Beitritt wünschen, wenn der Zweckverband aufgelöst ist.

Herr Wendt beendet die Sitzung um 19.20 Uhr.

Torsten Wendt
Verbandsvorsteher

Julia Richter
Protokollführerin